








Team:  
Straße  
Ort  
DVR:Abgabenkontonr.:   
Auftragsbuch-Nr.:   
Finpol-GZ.: 



für das Finanzamt

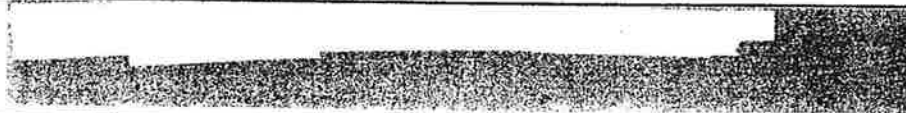

## Niederschrift über die Kassennachschau

bei:

Firmenbezeichnung/Name des Betriebes oder Lokals:	
Straße, Hausnummer, Ort:	
Tel. Nr. des Betriebes:	

Datum, Uhrzeit der Amtshandlung:		<input type="checkbox"/> während Betriebszeit <input type="checkbox"/> außerhalb Betriebszeit
----------------------------------	--	--

Leiter der Amtshandlung:	
Sonstige amtliche Organe:	

Zur Auskunft einvernommene Personen	Funktion
	

- Die vertretungsbefugte Person wie Unternehmer(in) bzw. Geschäftsführer(in) konnte nicht angetroffen werden. Die Befragung der oben angeführten Person(en) erfolgt daher als **Auskunftsperson gemäß § 143 Bundesabgabenordnung**.

Die Auskunftsperson wurde

- darauf hingewiesen, dass die Auskunft in den im § 171 Bundesabgabenordnung genannten Fällen verweigert werden kann
- ermahnt, die Wahrheit anzugeben und nichts zu verschweigen
- auf den Anspruch auf Zeugengebühren hingewiesen (§§ 143, 176 Bundesabgabenordnung).  
Kein Anspruch auf Zeugengebühren besteht für eine Auskunftsperson, die für eine Angelegenheit herangezogen wird, die Ihre persönliche Abgabepflicht betrifft.

§ 143 Abs. 2 BAO:

Die Auskunft ist wahrheitsgemäß nach bestem Wissen und Gewissen zu erteilen. Die Verpflichtung zur Auskunftserteilung schließt die Verbindlichkeit in sich, Urkunden und andere schriftliche Unterlagen, die für die Feststellung von Abgabenansprüchen von Bedeutung sind, vorzulegen oder die Einsichtnahme in diese zu gestatten.